

Biebricher Tagespost

Zweites Blatt.

Freitag, 2. Dezember 1918. 57. Jahrg.

Lages-Rundschau.

Obert über die innere Politik.

Im großen Saal der Röntgenstrahlung fand eine von der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisationsverwaltung veranstaltete von ungefähr 200 Personen besuchte Rundschau für die Sozialdemokratie statt, in der Herr u. a. folgendes ausführte:

Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur und keine Anarchie über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit sein begründen. Die politische Freiheit ist die Demokratie auf der freien Grundlage der Verfassung und des Rechts. Diese Demokratie unerlässlich zu sichern, ist die Aufgabe der Nationalversammlung. Die junge deutsche Volkrepublik soll auf Recht und Vernunft aufgebaut sein. Für die Sozialdemokratie ist der Weg hierzu klar vorgezeichnet durch das Erörterungsprogramm der Partei, für dessen Grundzüge die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre gekämpft hat. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinandergerissen droht, wieder zusammenführen. Keine Stadt der Welt ist hart genug, die auf der Einheit deutschen Wirtschaftsebens beruhende politische Einheit der deutschen Völker besser zu erkennen oder die Gefahren gegeneinander auszuspielen. Für die Arbeiterklasse wäre nichts verhängnisvoller als ein Rückfall in die mittelalterliche Kleinrenten mit ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit und politischen Knechtschaft. Nicht Separatismus, sondern einheitliche Nationalversammlung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Hier liegt die grundlegende Aufgabe der Nationalversammlung, wenn wir den ewigen Frieden erwarten. Nur alle, selbstständigen Industrie und eigene Energie können das Deutsche wieder aufbauen. Übergang und Notwendigkeit gebieten uns, das in weltlichem Sinne zu tun. In prinzipiell demokratischem Geiste wollen wir die Gebiete des Wirtschaftsebens verstaatlichen, die dazu reif sind. Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, um Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erringen. Nur da, wo die sozialdemokratische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volk weniger Arbeitslast auferlegt und neue Möglichkeiten des Verbrauchs eröffnet, ist der Sozialismus am Platze. Sozialistische Organisation in einzelnen Betrieben können nur zum Schaden der Arbeiter und zur Diefriedherung des Sozialismus ausschlagen. Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein. Der Kapitalismus wird scharf erkräft und mächtig die Beteiligung des arbeitenden Einkommens erhöht werden. Die Kriegsgewinne müssen restlos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und ein Erbrecht der Republik geschaffen werden.

Eine Rede des Volksbeauftragten Barth.

Am 2. in der Nachmittags-Sitzung der Tagung der Volksbeauftragten sprach auch der Volksbeauftragte Barth: Es ist bedeutsam, sich über den Deutschland zu stellen, als ihr alle wisset. Es ist meine Pflicht, nichts zu verheimlichen. Es ist so trübe und so schwer! Wenn wir nicht alles auf die Waage bringen können, wir nicht mehr. Man weiß nicht, wo es gemacht werden soll. Die erste Sorge war für uns die Auslieferung des Kaiserreiches über den Rhein. Mit Dankbarkeit und Bewunderung habe ich gerade auf meiner Reise von Berlin nach hier gesehen, wie diese Arbeit durch Selbsttätigkeit und Anstrengung es fertig gebracht hat, diese schwere Aufgabe zu lösen. Und ich kann euch sagen, daß sich die Regierung in allen ihren Gliedern freuen wird, wenn sie diesen Mitleidung erhält. Vor allen Dingen waren es die Arbeiter-

truppen, welche in den ersten Tagen des Wert der Abführung der Truppen gehört haben. Trotzdem sind nur verhältnismäßig kleine Mengen in Gefangenschaft geraten. Die größte Masse ist zurückgekehrt. Selber waren wir auch gezwungen, gegen einzelne Offiziere, welche kein Verständnis für die Neuordnung der Dinge hatten, energisch vorzugehen. General Eberhard mußte zur Disposition gestellt werden. Aber alles dies ist in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung und dem Kriegsministerium geschehen. Trotzdem ist die Lage unserer Truppen im Osten. Es ist nicht wahr, daß die alten Reichsheere alles gut organisiert hätten. Erdmännchen, Irdischheit haben sie gehandelt, sonst wäre es nicht möglich, daß wir heute vor so schweren und unheimlichen Aufgaben ständen. Die Feinde der Bewegung der Bevölkerung in der Ukraine, im Baltikum, in Polen, in Finnland. Es ist nicht abzusehen, wie es möglich gemacht werden kann, die großen Truppenmassen aus dem Osten zurückzuführen. Selbst bei schärfster Durchsicht wird es nicht möglich sein, die Leute vor den nächsten drei Monaten zurückzuführen, wobei immer noch große Mengen das Ziel zu Fuß erreichen müssen. Was das heißt, liegt im Winter, angefangen einer sehr kalten Bevölkerung, sehr schlechten Verhältnissen. Heute, daß es unsern Heere nicht geht, wie dem Napoleon im Jahre 1812. Andererseits wird alles geschehen, um unseren Brüdern in Osten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Die Schuld daran tragen die Leute, welche in ihrem Nachdenken glauben, daß über alles hinweggehen zu müssen. Verhältnismäßig am besten hat es die Kräfte der Arbeiter, welche in längeren Intervallen wurde, weil sonst der Waffenstillstand von unseren Feinden nicht gehalten worden wäre. Die Nationalversammlung wurde von der Regierung mit vier gegen zwei Stimmen auf den 18. Februar ausgeschrieben. Ich muß gestehen, daß ich für eine derartig schnelle Wahl nicht war. Meine Gedanken für einen sehr frühen Termin beruhte ich damit, daß nach niemals aufrecht mitgeteilt wurde, daß die Nationalversammlung eine Voraussetzung für einen sehr frühen Frieden ist, daß die Sozialdemokraten, die jetzt vorhanden sind und in Überzahl sind und dem Reichstag selbstständiges Interesse haben, sich gefügt sein werden, daß vor allen Dingen aber erst eine Forderung über die Ökonomie und Wirtschaften vorausgesetzt müssen. Nach-Gehtungen ist noch ganz und gar nicht nach solchen Erwägungen als zu frühzeitig geachtet zu betrachten. Wenn wir aber die Nationalversammlung ohne Forderung dieser Fragen erledigen, kann das nur ausnehmen, daß wir schließlich die Zeit des Friedens durch Frankreich gebilligt hätten. Am Traurigsten ist unsere Ernährungsposition. Es war eine Sanftmutspolitik. Was uns da alles vorgelegt wurde, ist unglücklich. Die Zukunft hat man uns gesagt, daß die Ernährung vollständig gesichert sei. Und jetzt tritt man vor uns hin und sagt, daß die Lebensmittelverhältnisse kaum für sechs Monate reichen, und das selbst nur bei verminderten Nationalitäten. Aber ohne Essen können wir unsere ganzen Arbeiten nicht. Mühen sollen die Dispositionen über die Rohstoffe und die Arbeitskraft. Aber wir wissen, daß wir noch zu einer weiteren Verminderung der Arbeitskraft überlassen müssen, weil es nicht möglich ist, in anderer Weise über die Rohstoffe zu verfügen, als daß wir sie gleichmäßig in Deutschland verteilen und dadurch eine gleichmäßige Verarbeitung, soweit wir möglich, herbeiführen. Der Mangel an Rohstoffen ist es, der uns zu einer weiteren Verringerung der Arbeitskraft zwingen wird, und auch dann noch werden wir nur für einige Wochen Rohstoffe haben. Unter diesen Umständen müssen wir hier aufpassen, daß Deutschland nicht den Westen hat, irgendwas die Waffenstillstandsbedingungen zu brechen. Wir wollen es laut herausrufen, daß wir bereit sind, alles anzunehmen, was von der Seite diktiert wird. Sie sollen nur kommen, sie sollen es uns diktiert. Wir wollen es annehmen, weil wir wissen, daß alles dies noch weniger schlimm sein wird, als wie das meiste hinauszuweisen. Wir wollen doch endlich wissen, wann wir sind, damit wir in Ordnung kommen, um den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens beginnen zu können. In vielfach stürmisch unterbrechnen Ausführungen legte der Redner die Notwendigkeit der Anstellung auf dem Grunde der und betonte, was geleistet werden muß, um die unheimliche Opfer, die uns der Krieg durch die Unterbrechung der Kriegsbeschäftigung auferlegt hat, tragen zu können. Alles dies sei nur möglich durch die Überführung der Wirtschaft in den Sozialismus. Das würden heute auch die Nationalisten tun, wenn sie an unserer Stelle ständen.

Die nächsten Tage.

Die in Gestalt eines Ultimatum von Hoch geforderte sofortige Herausgabe der kaiserlichen Kommanden, die Einziehung von Garbrücken und Garmisch in die von der französischen Occupation verhängte Grenzsperrzone über Elz-Gebrücken und ähnliche Symptome werden in verschiedenen Blättern als Anzeichen von Wankungen besprochen, die über die Waffenstillstandsbedingungen hinausgehen und sich nach einem weiteren Einrücken auf deutsches Gebiet deuten lassen. Der „Norman“ schreibt in diesem Zusammenhang:

Der Versuch des französischen General Simus Hoch, seinen Triumph mit dem Einzug in Berlin zu krönen, war schon längst erkennbar, er steht in diesem Augenblick vielleicht schon vor seiner Verwirklichung. Die Bewegung Deutschlands ist unter den gegenwärtigen Umständen kein militärisches Kunststück, sie ist auch in keiner Weise eine militärische Notwendigkeit. Sie könnte es höchstens in dem Sinne sein, daß die sozialistische politische Opposition im Westen durch eine letzte höchste Aufpreisung der notwendigen Selbstschneidungen niedergeschlagen werden soll. Wir müssen unter den gegebenen Umständen allen Möglichkeiten ins Auge sehen und können dazu nur sagen: Im gegenwärtigen Augenblick sind wir machtlos und müssen alles über uns ergehen lassen, was über uns verhängt wird. Das Deutsche Reich kann aber nicht auf die Dauer als eine eroberte Provinz der Weltmächte behandelt werden. Jeder Versuch, der in dieser Richtung unternommen wird, muß schließlich denen, von denen er ausgeht, und ganz Europa zum Verderben gereichen. Gewaltspolitik, sei es deutsche oder französische, kann der Welt kein Glück und keinen dauerhaften Frieden bringen, sondern nur immer neues Unglück. Versteht man in uns das Vertrauen zur internationalen Gerechtigkeit, bleibt uns nur das Vertrauen in die Kraft unseres Volkes, die ungeschwächter ist.

Schadenersatzleistungen der Entente?

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Della News“ erklärt, daß die Alliierten folgende Schadenersatzleistungen erwägen:

1. Es soll während einer Reihe von Jahren ein Schadenersatz in Geld für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden geleistet werden. Die Schäden werden auf 2 bis 2½ Milliarden Pfund Sterling geschätzt.
2. Sämtlich verheerten Häuser in den Städten dieses Gebietes müssen durch deutsche Arbeiter neu aufgebaut, die Wege neu angelegt, die Schachtfelder wiederhergestellt und das benötigte Material durch deutsche Arbeiter für die Alliierten zu ammengebracht werden.
3. Es soll ein Schadenersatz geleistet werden, für den verminderten Schiffsraum, und zwar auf Grund eines Abkommens zwischen den Alliierten und den Zentralmächten abgehandelten Abkommens, laut dem die deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren und auf deutschen Werften neu gebaut werden müssen.
4. Neben dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich soll eine weitere Entschädigung für die erlittenen anderen Verluste gezahlt werden.
5. Das gesamte in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.
6. Die deutschen Kohlenbergwerke haben einen Teil der gezeigten Kohle abzugeben. Diese Abgabe ist auf eine Reihe von Jahren zu zahlen. Außerdem ist die deutsche Kohlenverzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.
7. Die in Italien, Serbien und Rumänien anerkannten Verletzungen müssen wieder gutgemacht werden.

Die Kapitulation Cetinas-Vorbed.

Ab London, 2. Dezember. Reuters. Das Bureau Marques wird vom 25. November amtlich gemeldet, daß General Cetina-Vorbed sich mit 20 Offizieren, 125 anderen Offizieren, 1165 Kavalieren, 1516 Trägern, 482 Brillanten und portugiesischen Trägern, 15 eingeborenen Hauptleuten, 283 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergab. Die Kavalieren blieben die zur Heimkehrführung in Ladera, die Deutschen bis zur Überführung nach Europa in der es gelang.

Vernichtung des frei werdenden Kriegermaterials.

Wien, 20. November. Eine Hauptvoraussetzung für die Wiederaufrichtung der heimischen Volkswirtschaft ist die völlige Entlastung und Verwertung des ganzen durch die Demobilisation freierwerdenden Kriegermaterials jeder Art. Aber dieser oder Marinegut verschleudert, schlecht bewahrt, sich anheben oder unbefugt veräußert, schädigt ebenso wie der Käufer solcher Güter den Volksgenossen, die ihrer am dringendsten bedürfen, verhindert die Wiederverwertung unserer Schulden, zu der der Krieg aus dem geordneten Verkauf der Güter beitragen soll, und vermehrt die finanziellen Kosten des gesamten Volkes. Es erhebt daher an Jedermann der Aufruf dazu mitzubedenken, daß von die in Milliardenwerten nichts durch Nachlässigkeit oder Unreue verloren geht. Dabei darf nichts als zu geringfügig angesehen werden. Zur Durchführung einer geordneten Verwertung des frei werdenden Kriegermaterials jeder Art ist das in: Bereiche des Reichsministeriums errichtete Verwertungsamt für frei werdende Heeres-, Marine- und sonstige reichsweitere Güter, Berlin NW. 7. Unter den Linden 78. ausschließlich bestimmt. Das Verwertungsamt wird Zweiganstalten in allen Bundesstaaten und an größeren Plätzen des Reichs begründen. Alle Stellen werden aufgerufen, das Amt in seinen Arbeiten zu unterstützen.

Der Herr Staatsminister Wurm ist durch Erlass der Preussischen Regierung vom 25. November 1918 zum Preussischen Staatskommissar für Volksernährung bestellt worden. In dieser Eigenschaft ist er ihm übertragen: Befugnisse als Landesverwaltungsbehörde für Preußen aus. Seine Zuständigkeit erstreckt sich gemäß der bisher getroffenen Regelung auf alle Fragen, welche die Erzeugung und Verwertung der Lebensmittel und Futtermittel betreffen. Kaiser und Kronprinz. Eine holländische Agentur meldet, daß zwischen dem früheren deutschen Kaiser und dem Kronprinzen ein erster Schritt besteht, der die in die letzten Tage der Monarchie zurückgeht. Der Kronprinz hatte energisch darauf gedrungen, daß der Kaiser zurücktrete, damit er (der Kronprinz), nachdem er selbst auf den Thron zurückgekehrt haben würde, als Regent für seinen Sohn hätte auftreten können. Er wollte, dadurch, daß er schnell auf seinen Thron zurückgekehrt, die Monarchie retten zu können. Jetzt gibt er dem Kaiser die Hand zum Abschied. Seit den ersten Novembertagen haben die Beziehungen zwischen den beiden Hohenzollern abgebrochen zu sein.

Rassauische Nachrichten.

Wien, 20. November. Bezüglich des Termins, zu welchem die Besetzung unserer Stadt durch die Truppen der Entente zu erwarten ist, erfahren wir unverzüglich, daß der früheste, d. h. das Gelingen dieses von Wien, bis zum 7. Dezember geräumt sein muß.

Unsere 40. Regiment wird während der Besetzung von Wien durch die Truppen der Entente keinen Standort in Braumfeld an der Bahn beim den benachbarten Ortschaften haben. Zur Zeit muß das Regiment, wie wir hören, in Lössdorf beim in der Nähe der Stadt.

Frankfurt. Professor Max Weber-Heidelberg sprach hier in einer großen Versammlung über „Die neue Zeit“. Der Redner führte unter anderem aus: Eine neue Zeit ist angebrochen. Der alte Beamtenstaat mit all seinen alten Abrechnungen ist verschwunden. Es ist unrichtig, jetzt dem Kaiser, wo er im Ural ist, die Schuld an allem zuzuschreiben. Er trägt nicht die Schuld allein, die Schuld trägt das ganze System, das System des Militarismus und Imperialismus. Drei Punkte müssen wir daher an die Spitze unseres Programms stellen: Antimilitarismus, Antimperialismus und moralische Regeneration unserer Politik. Unsere Militärdiktatur muß einem Willkürsystem weichen. Die geographische Lage Deutschlands schließt jeden Imperialismus aus. Unsere Politik muß von Grund auf bis zur höchsten Spitze umgewandelt werden. Ungeheuerlich sind die Schäden, die der Krieg in dieser Hinsicht angerichtet oder angedroht hat. Unser selbsterhaltenes System hat es ermöglicht, daß Generale zu Politikern wurden. Unsere Politik muß in Zukunft vollständig gerichtet sein. Entschieden muß man es bekämpfen, daß bereits die Totengräber des Pa-

stismus an der Arbeit sind, wie es jetzt der deutsche Staat in der Schweiz ist. Wenn wir die Frage nach der Schuld am Krieg stellen, so muß man die Antwort geben: Der Kriegsgewinn war die Bekämpfung des russischen Jarentismus. Dagegen ist das deutsche Volk mit Recht zu Grunde gegangen, dagegen mußte es zu Grunde gehen. Unseren heimkehrenden Krieger wollen wir sagen: Diese Aufgabe habt ihr erfüllt. Sinnlos war aber der Krieg, nachdem das Ziel erreicht war. Verflucht wurde der Sinn des Krieges, ein Jarent war die Entfesselung des Ubooskrieges, der uns einen, für uns unangenehmen Gegner schaffte, ein Jarent war die unerhörte Politik des Jarents von Berlin-Stettin. Wir haben Gott verflucht und das Schicksal hat sich an uns gerächt. Unsere Dynastie hat vollkommen verlegt. Sie hat geredet und telegraphiert. In kurzen Worten Kettens gemacht auf Kosten der Nation, anstatt ein Gegenwärtig zu bilden gegen die Herrschaft der Generale. Außerdem war ein Spieler, ein Hazardspieler, wie Friedrich der Große und Napoleon. Er spielte um die Zukunft unserer Nation. Er hat sie verliert. Was wir jetzt fordern, ist die Republik, denn die Dynastie hat sich hoffnungslos kompromittiert, eine große deutsche Republik im Sinne der Verfassung. Unser Ideal wäre die Einheit der Republik. Wir müssen uns vor allen Dingen die Identität Preußens und Deutschlands. Neben dem Reichstag muß eine zweite Einrichtung geschaffen werden, ein Staatsrat oder wie man es sonst nennen will. An der Spitze des neuen Staates muß ein Präsident oder Vizepräsident stehen, der durch Volkswahl zu betragen ist. Ihm steht nur ein Vizepräsident für annehmende Güter bei Konflikten zwischen den beiden Häusern zu. Weiter fordern wir eine Vermögensabgabe, Reichsmonopol, Stellung der Rohstoffindustrie unter Staatskontrolle. Sozialisierung großer Betriebe, planmäßiger Aufbau unserer Wirtschaft. Die Totengräberarbeit, die eben von Berlin und München aus gemacht wird, machen wir aber nicht mit. Die Grundgesetze der Revolution wollen wir beibehalten. Wenn wir der Fremdherrschaft ausgeliefert werden, sind wir nicht mehr Subjekt sondern Objekt. Die Gegner, die dann über uns zu entscheiden haben, sind nicht sozial regiert, sondern kapitalistisch regierte Böller. Zur Weiterführung unseres Kampfes brauchen wir aber auch geschäftserfahrene Beamte. Zur Beschaffung der Rohstoffe brauchen wir Kredite. Diese werden nur einer Regierung gewährt, an der vollständig das Bürgerium beteiligt ist. Das Bürgerium soll mitarbeiten, es soll sich aber nicht aufdrängen, dazu hat es keinen Anlaß. Aber der Tag des letzten Banners muß verschwinden, jene Kategorie, die sich damals durch und die sich jetzt durch, und die in Berlin auf der Welt, steht der Annahme von Gottes Gnade. Ein solches selbstbewusstes Bürgerium muß Schulter an Schulter mit einer solchen Arbeiterkategorie zusammenarbeiten. Ohne aufrechte Männer keine wahre Demokratie. Auf Grund unserer Leistungen wollen wir ein großes Volk werden. So wollen wir die Zukunft Deutschlands sichern. (Beifall, lautenhaltender Beifall.)

Der Reichspräsident hat angeordnet, daß vom 2. bis 22. Dezember sämtliche Bots und Anträge an den Reichstag zu schicken sind. Von der Reichsfinanzkommission in Bonn ist dem Reichsminister des Innern Arbeiter- und Soldatenrat's telegraphisch die Mitteilung ausgegangen, daß eine Besetzung von ganz Frankfurt nicht in Frage kommt.

O'ersicht. Für den Turm der 5. Armee durch den Oberstaatsrat sollte infolge amlichen Auftrags von mehreren Gemeinden des Kreises innerhalb drei Tagen etwa 50 000 Brote ansetzen werden. Gleichezeit arbeitete man Tag und Nacht, um die unglaubliche Menge rechtzeitig fertigzustellen. Schon war der größte Teil erledigt, da kam die Abbestellung mit der Begründung, daß die Armee sich selbst versorge. Die Folge ist nun, daß der Kreis einen gewaltigen Überfluß an Brot hat. Die Kreisverwaltung ist bemüht, einen Teil der Vorräte an Militärbehörden oder sonstige Stellen zu veräußern.

Vom Rhein. Die zahlreichen Bontontbrücken, die wegen des Rückzuges der Armee über den Rhein geschlagen sind, haben den Kohlentransport zu Schiff nach dem Mittelrheingebiet fast völlig gelähmt. Infolgedessen ist überall ein solch empfindlicher Kohlenmangel eingetreten, daß nahezu alle Gaswerke ihre Leistungen herabsetzen oder ihren Betrieb ganz einstellen mußten. Auch nach Aushebung der Brücken hindernisse ist es eine bessere Kohlenlage nicht zu denken, da der Wasserstand des Rheins zu un-

gewöhnlich niedrig ist, daß an eine regelmäßige Schifffahrt gar nicht mehr gedacht werden kann. Der Pegel zeigt einen seit 10 Jahren nicht beobachteten Tiefstand.

Malay. Am Mittwoch trifft die Uebernahmesequenz in Mainz ein. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat wird nach Eintreffen der fremden Besatzung als Vorkomitee ausgerufen oder Vorkomitee an die Behörden angegliedert werden. Eine Kontrolle der Behörden soll bestehen bleiben; falls die Garnisonverwaltung als militärische Stelle nicht weiter bestehen soll, wird sie von der Stadt übernommen.

Die letzten größeren geschlossenen Truppenteile passierten Montag um die Mittagszeit auf ihrem Marsch nach Osten die hiesige Stadt. Den Schluß der gesamten Armeegruppe C, die vor Verbund kämpfte, bildete die 2. bayerische Infanteriedivision, deren Nachhut das bayr. Inf. Regt. Nr. 18, früher in Sandau, bildet. Dieses Regiment ist heute Dienstag vormittag als letztes bei Worms über den Rhein.

Zeitgemäße Betrachtungen

(Nachdruck verboten.)

Von der neuen Zeit.

Zwar tobt der schlimme Krieg nicht mehr, — doch seine Wunden schmerzen, — der Zeiten Sorgen lasten schwer — auf unser aller Herzen. — Das vieles ist uns auferlegt, — wir müssen es ertragen, — wir müssen schaffen unentwegt — und dürfen nicht verzagen.

Der Winter lehnt jetzt ein, — er kam schon im November, — und sollte doch erst lallig sein — zu Ende des Dezember. — Das Heizungsmaterial ist knapp — für unfere Herde Flammen, — da nimmt der Kohlenvorrat ab, — da schmilzt er schnell zusammen.

Der Winter bringt ein hartes Loch, — und das ist zum Bedenken, — es ruhen in der Erde noch — Kartoffeln, Kohl und Rüben. — So bringt uns wohl der frühe Frost — noch Schäden fernerleiden, — und pfeift der Wind zu heftig aus Ost, — so ist's kein gutes Zeichen.

In dieser Zeit der schweren Not — darf sich das Volk nicht spalten! — Es bedarf ein zwingendes Gebot — ein treu Zusammenhalten. — Wir brauchen unsre Einigkeit, — wir brauchen Brot und Frieden, — nach all dem Jammer und dem Leid, — das uns der Krieg befehlen.

Wir brauchen die zur Friedenszeit — noch gleichmütige Führung, — und innere Geschlossenheit, — die fest steht zur Regierung. — Wir wollen unsre Ruhe nur — und unsre Ordnung haben, — doch wird bei einer Diktatur — das Kriegsgebot nie begraden.

Der Schmerz ist uns auferlegt, — doch nutzlos ist das Klagen, — und was man treu und standhaft trägt, — ist leichter zu ertragen. — Drum tue jeder seine Pflicht — an aller Stelle weiter, — dann neuern wir mit Zuversicht — dem Frieden zu!

Ernst Heiler.

Bermischtes.

Was verdrängen plötzlich erschaffen laufen Weibchen ein, daß die Bevölkerung unter den Verhältnissen der schwarzen Truppen zu leiden habe. Die Schwarzweiber verfolgten die Frauen und Mädchen in die Häuser und stellten ihnen schamlose Anfordungen. In einem Ort wurde ein 25-jähriges Mädchen von einem Negar überfallen und verewaltigt. Auf die Klage des Ortsbefehlshabers den Täter ermitteln und festnehmen. Die französischen Soldaten verurteilten ihn tödlich.

Genf. Dem französischen Blatt wird der Tod des bekannten Hermonenführers Jol. Smith aus Salt Lake City gemeldet. Das Blatt hält den Verstorbenen den Franzosen als glänzenden Beispiel vor, da er Vater von 53 Kindern war, von denen noch 30 am Leben sind. Die Zahl seiner Erbkinder soll sehr hoch sein, wird aber nicht genannt; nur daß er 6 Frauen hatte und 5 Witwen hinterließ, erfahren wir.

Notations- und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für den Annoncen- und Anzeigenteil: Emil für den Druck und Verlag Paul Dorshid, in Bielefeld.